



PERSPEKTIEFE 41

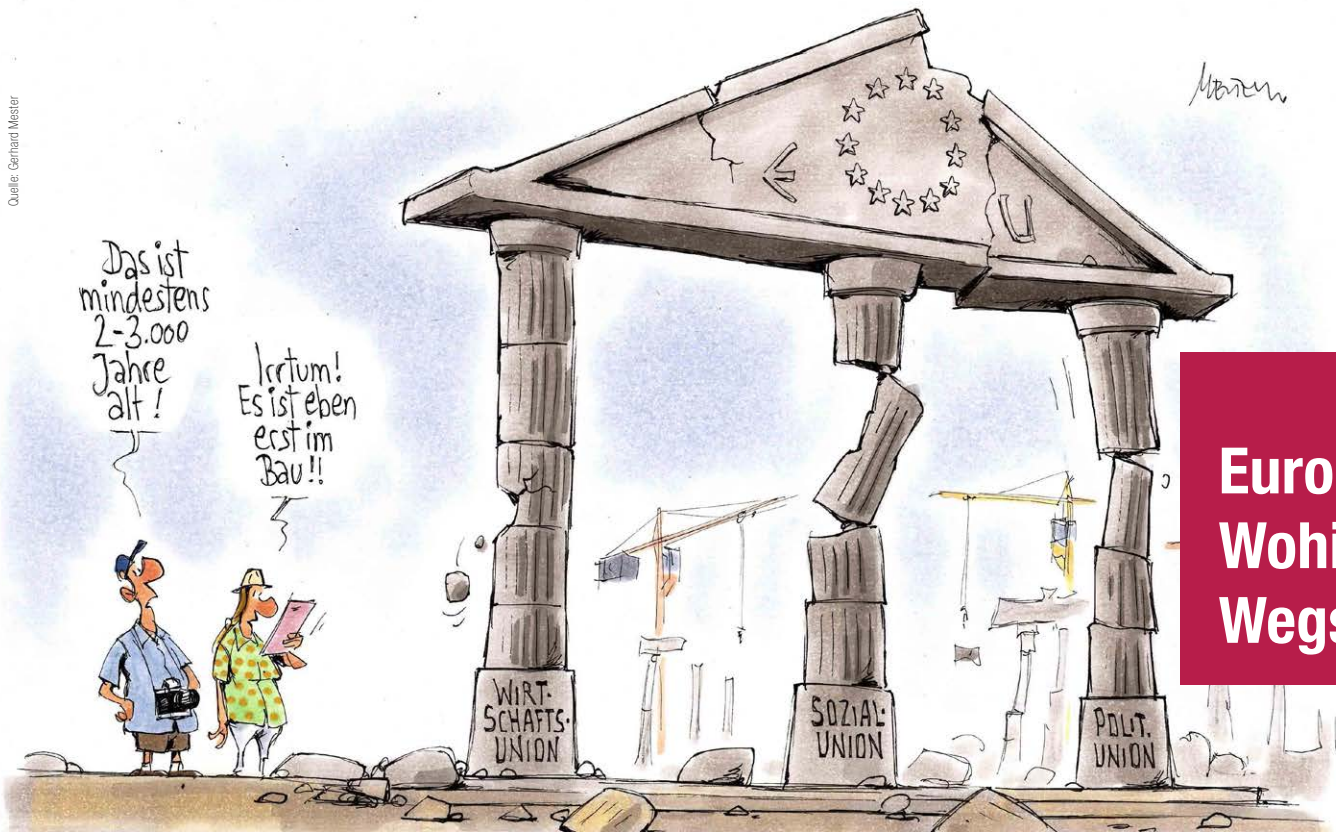
WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

ARBEIT & SOZIALES

LÄNDLICHER RAUM

UMWELT & DIGITALE WELT

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG



THEMA

Europa. Wohin des Wegs?

ZUM THEMA

Christen für ein solidarisches Europa (gesucht)



Spätestens seit dem britischen Referendum zum Brexit steckt die Europäische Union in einer tiefen Krise. Das kann Christinnen und Christen nicht egal sein, denn die europäische Idee entspricht durchaus christlichen Ideen, weil sie Grenzen überwindet und Menschen zu Gleichen macht. Es ist daher ermutigend, dass die EKD-Synode in ihrer diesjährigen Herbstsynode

„Europa“ zu ihrem Schwerpunktthema gemacht hat. Die christlichen Kirchen müssen gerade angesichts bestehender Europa-Skepsis und aufkommendem nationalistischen Populismus ihre Stimme klar und deutlich für ein demokratisches, gerechtes und solidarisches Europa erheben. Das biblische Zeugnis von der vorbehaltlosen Liebe Gottes kann dabei durchaus Ermutigung und Orientierung sein.

Ihr

Christian Borchardt

Europa – Wohin des Wegs?

Wir reden zu wenig über die positiven Errungenschaften der EU und das, was die europäische Völkerfamilie bisher gemeinsam erreicht hat. Nur wenn es in Europa weiterhin gelingt, die Gemeinsamkeiten über den eigenen Vorteil zu stellen, dann sind wir auf einem erfolgreichen und guten Weg.

von Dr. Julia Dinkel, Referat Arbeit & Soziales, ZGV



Quelle: Gerhardt Meister

schaft von 28 Staaten geworden. Die Mitgliedsstaaten bringen unterschiedliche Interessen mit und es ist nicht immer leicht, Kompromisse zu finden, mit denen alle leben können. Die Findung dieser Kompromisse braucht Zeit und Geduld – beides eine rare Ressource in unserer heutigen schnelllebigen Zeit. Dennoch, um mit den Worten des Gründungsaters Jean Monnet zu sprechen: „Es ist besser, sich am Verhandlungstisch zu streiten als auf dem Schlachtfeld.“

In Vielfalt geeint

„In Vielfalt geeint“ – das Motto der EU drückt zum einen aus, dass in der EU viele verschiedene Völker und Kulturen, die unterschiedliche Sprachen sprechen und vielfältige Traditionen pflegen, zusammenkommen und sich gemeinsam für Frieden und Wohlstand einsetzen. Zum anderen betont das Motto auch die Einigkeit zwischen den unterschiedlichen Mitgliedstaaten. Einig sind sich die Mitglieder der EU darin, dass sich die Mitgliedsstaaten und auch die EU selbst an Werte wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Solidarität und nicht zuletzt die Gleichheit von Frauen und Männern halten müssen. Diese Werte, die ihren Ursprung auch im Christentum haben, sind das Fundament dafür, dass die europäische Völkerfamilie bei allen Unterschieden, in Frieden leben kann.

Damit die Vielfalt in der EU bestehen kann, ist es wichtig, dass die unterschiedlichen Kulturen und Traditionen bewahrt werden. Aus diesem Grund hat das sogenannte Subsidiaritätsprinzip innerhalb der EU einen hohen Stellenwert. Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet, dass die EU nur dann tätig werden darf, wenn ein Ziel nicht auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene verwirklicht werden kann. Der Verlauf einer Umgehungsstraße im Landkreis Ingelheim muss beispielsweise nicht auf europäischer Ebene beraten werden. Umgekehrt kann der Landkreis Ingelheim das Ziel eines Gemeinsamen Marktes für Waren nicht verwirklichen. Das Prinzip der Subsidiarität stärkt daher bürgernahe Entscheidungen und fördert die Demokratie.



„Die aktuellen Diskussionen über den zukünftigen Weg der EU machen daher auch deutlich, dass wirtschaftliche Integration alleine nicht ausreicht, um eine politische Solidarität zu erzeugen.“

Dr. Julia Dinkel

Zu oft scheinen wir in Europa in diesen Tagen zu vergessen, was wir in den letzten Jahrzehnten mit dem Prozess der europäischen Integration alles erreicht haben und worauf wir stolz sein können. Sicherlich, es besteht Reformbedarf innerhalb der EU und die europäische Völkerfamilie steht vor großen Herausforderungen. Dabei sollte jedoch nicht außer Acht gelassen werden, was die 28 Mitglieder der EU gemeinsam erreichen können, wenn sie wollen.

Die Europäische Union (EU), das ist der größte Wirtschaftsraum der Welt, in der 28 Nationen Güter, Dienstleistungen und Kapital ohne Hindernisse austauschen können. Nur gemeinsam können Europäer im globalen Wirtschaftswettbewerb gegen andere Staaten bestehen. Alleine für sich genommen, sind selbst die großen europäischen Staaten zu klein, um wirtschaftliche Entwicklungen beeinflussen zu können.

Die Europäische Union, das ist ein großes Friedensprojekt, das für die längste friedlichste Periode auf diesem Kontinent steht. Seit über 60 Jahren zieht die Idee eines Europas, in der die europäischen Nationen friedlich und nachbarschaftlich zusammenleben, immer weitere Kreise. Aus den anfänglichen 6 Staaten ist eine Gemein-

Dennoch wird die EU von vielen Bürgerinnen und Bürgern als zu technokratisch und zu sehr auf die Interessen der Wirtschaft fokussiert angesehen. Die Interessen der normalen Bürgerinnen und Bürger scheinen in Brüssel zu wenig gehört zu werden. Die aktuellen Diskussionen über den zukünftigen Weg der EU machen daher auch deutlich, dass wirtschaftliche Integration alleine nicht ausreicht, um eine politische Solidarität zu erzeugen. Um einen wirklichen Zusammenhalt zu schaffen, braucht man Verständnis, Vertrauen, Engagement und die Begeisterung seiner Bürgerinnen und Bürger, damit der europäische Gedanke mit Leben gefüllt wird.

Hier setzt die Arbeit der evangelischen Kirche an. Von Beginn an haben die christlichen Kirchen in Europa die Entwicklung der Europäischen Union unterstützend begleitet und viel für den Aufbau eines friedlichen Europas geleistet. Über europaweite Netzwerke, wie z. B. in der Konferenz europäischer Kirchen (KeK) und die Gemeinschaft evangelischer

Kirchen in Europa (GeKE), haben sie auch während des Kalten Krieges wichtige Kanäle nach Osteuropa und zu seiner Zivilgesellschaft offengehalten. Auch füllen viele Gemeinden zusammen mit ihren europäischen Partnergemeinden den europäischen Gedanken mit Leben.

Die Chancen stehen gut

Die Chancen für ein einiges Europa stehen nach wie vor gut: Laut der aktuellen Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission identifizieren sich 78 Prozent aller Deutschen (66 Prozent europaweit) mit der EU. Diese Identifikation mit der EU bedeutet aber nicht, dass andere Identitäten aufgegeben werden. Genauso wie es möglich ist, sich als deutscher Rheinhesse zu fühlen, so kann man sich auch als deutscher Europäer sehen. Ähnlich wie die Euromünzen, deren eine Seite das verbindende europäische Element und die andere Seite ein nationales Symbol wie das Brandenburger Tor oder die irische Harfe zeigt. ■

„Laut der aktuellen Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission identifizieren sich 78 Prozent aller Deutschen (66 Prozent europaweit) mit der EU.“

BEISPIEL

Wie profitiert das Land Rheinland-Pfalz von der EU?

Kritik an der Europäischen Union (EU) hat momentan Konjunktur. Oft heißt es, dass Deutschland als Nettozahler (Deutschland zahlte im Jahr 2015 14.306 Milliarden Euro mehr ein als es herausbekam) zu den Verlierern des europäischen Integrationsprozess zählt. Ein Blick auf Rheinland-Pfalz zeigt, dass die Rechnung so nicht stimmt.

von Dr. Julia Dinkel, Referat Arbeit & Soziales, ZGV

Rheinland-Pfalz, das in der Mitte von Europa liegt und direkt an Belgien, Frankreich und Luxemburg angrenzt, profitiert besonders von der europäischen Integration. In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ermöglicht es die Europäische Union (EU) zum Beispiel Handwerkern aus der Eifel, dass sie ihre Dienstleistungen unkompliziert in Belgien oder Luxemburg anbieten können. Auch zeigt die von vielen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich geprägte Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, wie wichtig es ist, mit seinen Nachbarn in Frieden zu leben und freundschaftliche Beziehungen zu pflegen – ein Wert, den man nicht in Zahlen ausdrücken kann.

Rheinland-Pfalz bekommt von der EU finanzielle Unterstützung für Projekte, wie z. B. den Pamina-Radweg Lautertal, für „Terroir Moselle“, ein gemeinsames Projekt von Winzern, Institutionen und Tourismusverbänden der Weinbaugebiete im europäischen Moseltal oder auch für Betriebe, die

ihre Betriebsfläche erweitern möchten. Für die aktuelle Förderperiode (2014 bis 2020) rechnet Rheinland-Pfalz mit EU-Mitteln in Höhe von rund 595 Millionen Euro (bundesweit ca. 30 Milliarden Euro). Ermöglicht wird diese konkrete Unterstützung aus EU-Mitteln durch den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF). Der ESIF umfasst hierbei erstens die sogenannte Kohäsionspolitik der EU, die durch Investitionen den wirtschaftlichen, territorialen und sozialen Zusammenhalt der EU fördern möchte. Im Jahr 2015 stellte die EU hierfür Mittel in Höhe von 60.402 Milliarden Euro (37,2 Prozent des gesamten EU-Haushaltes) zur Verfügung. Zweitens umfasst ESIF auch die gemeinsame Agrarpolitik der EU, die z. B. durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) Maßnahmen und Aktionen unterstützt. Auch eine regionale Kirche wie die EKHN kann über den ESIF Gelder für die Durchführung von Projekten beantragen. ■



„Für die aktuelle Förderperiode (2014 bis 2020) rechnet Rheinland-Pfalz mit EU-Mitteln in Höhe von rund 595 Millionen Euro – u. a. für Projekte wie den Pamina-Radweg Lautertal.“



Quelle: Aaz Zys / Fotolia.com

STANDPUNKT

Europa am Scheideweg

Die Europäische Union (EU) befindet sich in der größten Krise seit ihrem Bestehen. Der bisherige Pfad stetiger Integrationsvertiefung bei gleichzeitiger „Technokratisierung“ europäischen Regierens wird immer weniger von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert. Das Brexit-Votum ist der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung. Auch andernorts wird der Protest gegen die EU immer lauter. Das Erstarken rechtspopulistischer Parteien in vielen Mitgliedstaaten speist sich auch aus der wachsenden EU-Verdrossenheit. Warum schwindet die Unterstützung für den europäischen Integrationsprozess und wie muss sich die EU verändern?

von Dr. Daniel Seikel, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

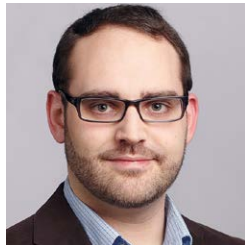
Woher kommt die EU-Skepsis?

Die Ursachen für den zunehmenden Unmut über die EU sind vielschichtig und mischen sich auch mit fremdenfeindlichen Abwehrreflexen, wie die Flüchtlingskrise gezeigt hat. Im Kern jedoch ist die Unzufriedenheit vieler Menschen eine gesellschaftliche Folge von wachsender sozialer Ungleichheit und gesunkener sozialer Sicherheit. Soziale Unsicherheit schürt nicht nur Abstiegsängste der Mittelschichten und desillusioniert sozial Schwache, sondern sie führt auch zu einer inzwischen weit verbreiteten Eliten- und Politikverdrossenheit. Die soziale Ungleichheit ist natürlich nicht alleine auf die EU zurückzuführen. Es ist im Mehrebenenensystem der EU ohnehin sel-

ten sachgerecht, nationale und europäische Politik isoliert voneinander zu betrachten. Nichtsdestotrotz lassen sich einige Ursachen eindeutig der europäischen Ebene zuordnen.

Die demokratische Legitimität von politischen Systemen beruht auf zwei Dimensionen: der Input- und der Output-Legitimität. Input-Legitimität entsteht, wenn Bürgerinnen und Bürger über Möglichkeiten verfügen, politische Entscheidungsprozesse möglichst direkt zu beeinflussen, z. B. durch Wahlen. Output-Legitimität entsteht, wenn ein politisches System dazu in der Lage ist, Probleme effektiv zu lösen und die Lebensumstände der Menschen zu verbessern. Die EU schneidet in beiden Dimensionen schlecht ab. Das größte Problem auf der Input-Seite ist das Demokratiever-

defizit der EU. Das Europäische Parlament (EP) ist das einzige direkt gewählte EU-Organ, verfügt aber nicht wie nationale Parlamente über ein Initiativrecht. Europäische Entscheidungsprozesse sind häufig technokratisch und intransparent. Ausgerechnet demokratisch allenfalls schwach legitimierte Organe wie die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof (EuGH) nehmen eine bestimmende Rolle ein. Am krassesten äußern sich die Demokratieprobleme bei der Troika. In den betroffenen Ländern (Irland, Griechenland, Portugal, Zypern) werden demokratische Grundprinzipien grob verletzt. Das Beispiel Griechenland zeigt, dass Wahlentscheidungen unter dem Diktat der Troika keinen substantiellen politischen Unterschied mehr machen. Auf der Output-Seite gibt es ebenfalls massive Probleme. Die europäische Integration besteht zu einem großen Teil aus Marktliberalisierung. Marktschaffung und soziale Marktregulierung stehen in einem Missverhältnis. Von dieser Schieflage profitieren vor allem Unternehmen. Die Bedürfnisse von Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmern werden unterlaufen. Die Euro-Krise hat die Output-Probleme deutlich verschärft. Die harte Sparpolitik hat die Krise in vielen Ländern weiter verstärkt. Der EU wird immer weniger zuge-
traut, die Lebensumstände der Menschen zu verbessern. Im Gegenteil, die EU wird inzwischen häufig als Ursache für anhaltende wirtschaftliche und soziale Probleme gesehen.



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

**„Der EU wird immer weniger zuge-
traut, die
Lebensumstände der
Menschen zu verbes-
sern. Im Gegenteil, die
EU wird inzwischen
häufig als Ursache für
anhaltende wirtschaft-
liche und soziale
Probleme gesehen.“**

Dr. Daniel Seikel

Abbau von sozialen Rechten

Das Verhältnis zwischen europäischer Integration und sozialen Rechten ist problematisch. Dazu ist zwischen der EU im „Normalzustand“ und der EU im „Krisenmodus“ zu unterscheiden.

Im „Normalzustand“ steht vor allem die Rechtsprechung des EuGH in einem Spannungsverhältnis zu kollektiven sozialen Rechten wie der Tarifautonomie, der Unternehmensmitbestimmung oder dem Streikrecht. Da europäisches Recht Vorrang vor nationalem Recht hat, fungiert der EuGH als Verfassungsgericht der EU. Problematisch sind hierbei insbesondere Urteile, die auf den marktliberalen Grundfreiheiten des Binnenmarkts beruhen (Kapitalverkehrsfreiheit, Warenverkehrsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Personenfreizügigkeit). Sie stehen im Konflikt mit marktkorrigierenden Institutionen der sozialen Demokratie, da diese naturgemäß wirtschaftliche Freiheiten einschränken.

Noch problematischer ist der „Krisenmodus“ der EU. Die EU hat auf die Krise mit einem Großangriff auf die Säulen des Europäischen Sozialmodells (Demokratie, Wohlfahrtsstaat, Tarifautonomie) reagiert. Als Gegenleistung für Finanzhilfen mussten sich Troika-Länder zu strikten Reformprogrammen verpflichten. Sozialleistungen wurden gekürzt, öffentliches Eigentum privatisiert, das Gesundheitssystem zurückgefahren, Löhne im

öffentlichen Dienst reduziert, Mindestlöhne herabgesetzt, Tarifvertragssysteme zerschlagen und Gewerkschaften geschwächt. Die Folge sind sinkende Löhne, grassierende Obdachlosigkeit und Verarmung sowie eine immer unzureichendere medizinische Versorgung. Das EU-Krisenmanagement hat die Lebensbedingungen in mehreren Ländern drastisch verschlechtert. Die schlechte wirtschaftliche Situation ist dabei nicht nur auf Troika-Länder beschränkt. Auch andere Länder wie Italien und Frankreich kämpfen mit schweren wirtschaftlichen Problemen. Verbessert sich die ökonomische und soziale Lage nicht, wird der Rückhalt für den europäischen Integrationsprozess weiter schwinden.

Letztlich führen beide Modi zu einer Beschädigung wichtiger sozialer Errungenschaften, die sich auf eine breite demokratische Legitimation stützen. Dadurch läuft die europäische Integration Gefahr, die Zustimmung gerade derjenigen gesellschaftlichen Kräfte einzubüßen, die bisher zu ihren Unterstützern gehörten, wie z. B. Gewerkschaften. Nutznießer einer solchen Entwicklung wären populistische Parteien. Ein weiteres Erstarken anti-europäischer Parteien wird zu einer politischen Paralyse der EU führen und jetzt schon zu erkennende Desintegrationstendenzen verstärken.

Europa vor sich selbst retten

Um wieder einen positiven Europa-Bezug herzustellen, ist ein Umsteuern notwendig. Zuerst muss die EU den kontraproduktiven Austeritätskurs beenden, um die wirtschaftliche Erholung der Mitgliedsländer nicht länger abzuwürgen. Darüber hinaus müssen die Defizite des „Normalzustandes“ behoben werden. Hierzu wären allerdings weitreichende Reformen notwendig. Erstens müsste das Binnenmarktrecht seinen Verfassungsrang verlieren und zu „einfachem“ Sekundärrecht werden. Zweitens müsste das EP deutlich aufgewertet werden, indem es das Initiativrecht erhält. Drittens müssten die Entscheidungsprozesse vereinfacht werden. Europäische Gesetze sollten mit einfachen Mehrheiten jeweils im EP und im Rat beschlossen werden. Viertens müsste über eine flexiblere Integrationsweise nachgedacht werden. Opt-Outs würden es auch kleineren Gruppen von Mitgliedstaaten ermöglichen, in ausgewählten Politikfeldern voranzuschreiten. Gleichzeitig ließen sich Debatten über ein Ja oder Nein zur EU-Mitgliedschaft in weniger destruktive Auseinandersetzungen über selektive Opt-Outs kanalisieren. Neben diesen institutionellen Reformen wären auch europaweite soziale Mindeststandards notwendig, die verhindern würden, dass Sozialschutzniveaus – auch als Folge europäischer Eingriffe – ins Bodenlose sinken. ■

**„Das EU-Krisen-
management hat die
Lebensbedingungen
in mehreren
Ländern drastisch
verschlechtert.“**

www.boeckler.de

„... bin ich von der Vielfalt begeistert. Dass es Menschen gibt, die sich für das Verbindende einsetzen und die Unterschiede aushalten, ist die Basis für den Frieden in diesem gefährdeten Miteinander.“

Birgit Hamrich,
Zentrum Oekumene der
Ev. Kirche in Hessen und
Nassau und der Ev. Kirche
von Kurhessen-Waldeck



„... sehe ich eine junge Kunstszene, die vernetzt und über Grenzen hinweg an den Themen unserer Zukunft arbeitet. Mir ist es ein wichtiges Anliegen, diesen Ideen eine Plattform zu geben und sie in die Gesellschaft zurückzuspielen.“

Franziska Nori,
Direktorin Frankfurter
Kunstverein



„... denke ich an die europäische Völkerfamilie, aus der eine stupide Mehrheit meiner britischen Mitbürger austreten möchte. Ich finde dies beschämend und bedaure es sehr.“

Roland Parr,
lebt in Frankfurt und
Cambridge



„... fühle ich Dankbarkeit für das Beste, was dieser Kontinent politisch je erlebt hat, und Entschlossenheit, dies weder von Nationalisten noch Marktliberalen oder anderen Populisten zerstören zu lassen.“

Sven Giegold,
Mitglied des
Europaparlaments



„... denke ich an Vielfalt, besonders im kulturellen Bereich. Das Erasmusstudium in Irland bietet mir die Möglichkeit, ein fremdes Land, seine Menschen und ihre Sprache hautnah kennen- und besser verstehen zu lernen.“

Annika Bothe,
Erasmus-Studentin in Irland



STANDPUNKTE

„Wenn ich an Europa denke, dann ...“



„... fallen mir viele Dinge ein, die noch zu tun sind. Wir müssen uns als Einheit in der globalen Welt positionieren und wir müssen kulturelle Unterschiede in der Gemeinschaft erlebbar machen. Ein verantwortliches Handeln für die nächste Generation ist eine Grundvoraussetzung für ein starkes Europa.“

Prof. Dr. Kristina Sinemus,
Präsidentin der Industrie- und
Handelskammer Darmstadt



„... sehe ich den Wohlstand, den es Irland bringt. Ich sehe die EU-Normen, die den irischen Charme zerstören. Ich sehe, wie der Brexit fast vergessene Grenzen wieder sichtbar werden lässt.“

Pastor Stephan Arras,
Lutheran Church in Ireland,
24 Adelaide Road,
Dublin 2, Ireland



„... spüre ich ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer Wertegemeinschaft, basierend auf Menschlichkeit, Respekt, Toleranz und Vielfalt. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass es keinen Platz für Hass, Intoleranz und Diskriminierung in Europa mehr gibt.“

Maria Dimcheva,
Europäischer Verein
für Wanderarbeiter (Mainz)



„... wünsche ich mir, dass die Errungenschaften der Europäischen Union wieder stärker im Fokus stehen. Wir haben Dank der EU in Deutschland ein Maß an Frieden, Freiheit und Wohlfahrt, das historisch einmalig ist.“

Dr. Volker Wissing,
Minister für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau
Rheinland-Pfalz



„... denke ich an ein Europa des Friedens, der Freundschaft und der guten Zusammenarbeit, eine der größten Ideen des 20. Jahrhunderts. Auch in Krisenzeiten dürfen wir diese Idee nicht aus den Augen verlieren. Nationalismus ist keine Antwort auf die Fragen unserer Zeit. Wir brauchen mehr von einem transparenten, sozialen Europa, das für die Menschen da ist.“

Dietmar Muscheid,
Vorsitzender DGB
Rheinland-Pfalz/Saarland

IMPRESSUM

Verantwortlich:
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN
Oberkirchenrat Christian Schwindt
Albert-Schweitzer-Str. 113-115
55128 Mainz

Redaktion: Margit Befurt,
Dr. Brigitte Bertelmann, Dr. Julia Dinkel,
OKR Christian Schwindt
Telefon: 06131 28744-42
Fax: 06131 28744-11
E-Mail: m.befurt@zgv.info

Layout: Holger Giebeler, Magascreen.com
Korrektorat: Marthe Thamer
Druck: Lautertal-Druck / Auflage: 4.000

Die Perspektiefe erscheint drei Mal im Jahr
und ist kostenlos.

Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union (EU): Bürgerbeteiligung auf allen politischen Ebenen

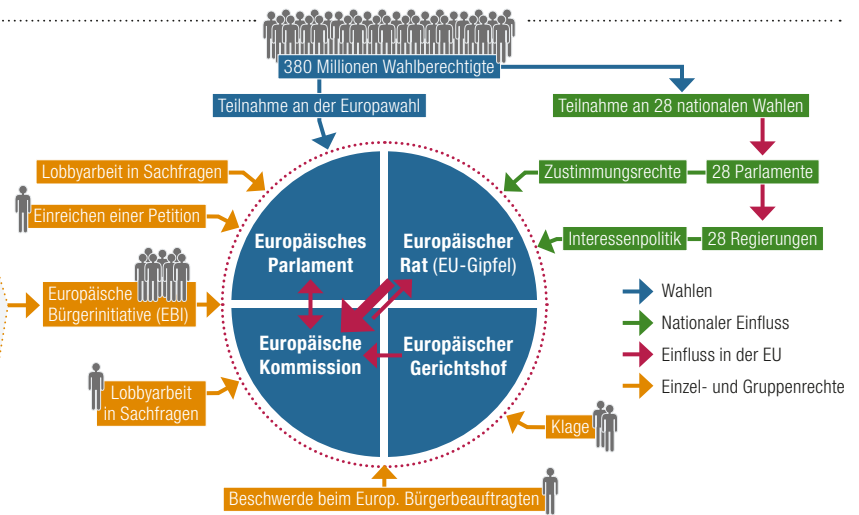
Für viele Bürger/innen scheint das, was in „Brüssel“ oder „in der EU“ geschieht und entschieden wird, oft sehr weit weg und kaum durchschaubar zu sein. Seit einigen Jahren allerdings wurde diese Intransparenz und Distanz für alle Beteiligten in einem beispielhaften demokratischen Lernprozess schrittweise aufgebrochen.

von Dr. Brigitte Bertelmann, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik, ZGV

Viele Wege zu Macht und Einfluss

Direkte und indirekte Bürgerbeteiligung in der EU

1. **Anliegen haben:** EU-weites Problem, klare Lösungsvorschläge (z. B. bisher: Tempo 30, „Wasser ist Menschenrecht“)
2. **Bürgerausschuss gründen:** mit mindestens 7 EU-Angehörigen aus 7 Mitgliedsländern (EP-Abgeordnete zählen nicht mit)
3. **Antrag schreiben:** mit dem Titel der EBI, Problemschilderung, Ziel, Verweis auf die entsprechenden EU-Vorschriften
4. **Registrieren lassen:** online den Antrag einreichen. Die Kommission prüft auf formale Fehler und Zuständigkeit (max. 2 Monate)
5. **Unterschriften sammeln:** von 1 Mio. Wahlberechtigten, Mindestzahl in 7 Ländern, auch online (ein Jahr ab Registrierung)
6. **Prüfen lassen:** Jeder EU-Staat prüft die bei ihm abgegebenen Unterschriften auf formale Korrektheit (max. 3 Monate)
7. **Einreichen:** Diskussion mit dem Europaparlament über das Anliegen. Auch die Kommission muss teilnehmen
8. **Ergebnis erwarten:** Die Kommission reagiert; bei Zustimmung stellt sie Maßnahmen vor (max. 3 Monate) *seit 2012*



Quelle: CC-BY-SA Heinrich-Böll-Stiftung, DGAP, ECFR, Le Monde Diplomatique

Die Verhandlungen zwischen der Handelskommission der EU und Kanada bzw. den Vereinigten Staaten von Amerika über neue Freihandelsverträge wurden von einer intensiven zivilgesellschaftlichen Debatte und einem politischen Meinungsbildungsprozess begleitet.

Ermutigt durch zahlreiche regionale Gruppen, Initiativen und soziale Netzwerke, stellte das wesentlich von NGOs getragene Bündnis „Stop TTIP“ (Transatlantic Trade and Investment Partnership) den Antrag, als Europäische Bürgerinitiative registriert zu werden. Die EU-Kommission lehnte diesen Antrag ab. Dennoch setzte das Bündnis die Kampagne als selbstorganisierte Bürgerinitiative fort. „Stop TTIP“ wurde von 3 Millionen EU-Bürgern unterstützt und zum Thema im Wahlkampf zur Neuwahl des EU-Parlaments.

Dieses wird von den 380 Millionen Wahlberechtigten in den zurzeit 28 Mitgliedsländern der EU gewählt. Das Parlament hat Initiativrechte und Zustimmungsrechte gegenüber der Europäischen Kommission und wählt aufgrund eines Vorschlags des Europäischen Rates dessen Präsidenten. Die von diesem aufgrund der Vorschläge der nationalen Regierungen ernannten Kommissionsmitglieder (eines aus jedem Land) bedürfen ebenfalls der Zustimmung des Parlaments. Den Kommissaren wird vom Kommissionspräsidenten jeweils ein Arbeitsbereich zugeteilt.

Im Europäischen Rat, als dem politisch wichtigsten beschlussfassendem Organ der EU, sind die Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie der Präsident der EU-Kommission und

der Präsident des Europäischen Rates vertreten. Hier werden die Leitlinien der europäischen Politik bestimmt.

Sowohl die direkt gewählten Parlamentarier auf nationaler und europäischer Ebene wie auch die von den Parlamenten gewählten Minister und Regierungschefs unterliegen damit der Kontrolle und dem politischen Einfluss der wahlberechtigten Bürger, sofern diese ihre demokratischen Rechte nutzen.

Information und Transparenz über politisches Handeln spielt dabei natürlich eine wesentliche Rolle.

Die wesentlich verbesserte – wenn auch nicht in allen Teilen zufriedenstellende – neue Kommunikationskultur und Informationspolitik, die von Cäcilia Malmström als Handelskommissarin eingeführt wurde, wie auch die durch Bürgerengagement erreichten Zusagen, dass die Handelsabkommen nur mit Zustimmung der nationalen Parlamente in Kraft treten sollten, bis hin zu wichtigen inhaltlichen Punkten, die aufgrund der Initiative von EU-Parlamentariern in den Verhandlungen zum CETA umgesetzt wurden, haben deutlich gemacht, wie stark der Einfluss und die Mitwirkungsmöglichkeiten der

Bürger auf europäischer Ebene sein können.

Diese Erfahrungen können zukünftig ebenso bei anderen Entscheidungen von ähnlich weitreichender Bedeutung die Bereitschaft zu Transparenz und Offenheit auf der einen Seite sowie die Motivation, Politik auf allen Ebenen aufmerksam zu verfolgen und konstruktiv kritisch zu begleiten, stärken. Beides ist eine entscheidende Voraussetzung für die friedliche und nachhaltige Weiterentwicklung Europas.



„Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger sind größer als man denkt.“

Dr. Brigitte Bertelmann

Solidarität der Verschiedenen – die Kirchen Europas könn(t)en auf gutem Grund Zeichen in und für Europa setzen

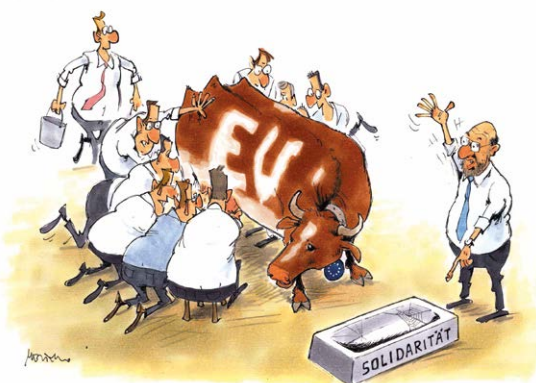
Das nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Weg gebrachte Friedensprojekt EUROPA stecke, so die gegenwärtige Diagnose, in einer tiefen Krise. Nationale Egoismen bedrohten immer mehr den Zusammenhalt, „europafeindliche Kräfte“ in den Mitgliedsländern gefährden europäische Errungenschaften, die Solidarität unter den Mitgliedstaaten scheint in Erosion begriffen. Dafür gibt es in letzter Zeit viele Anzeichen.

von Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt, ZGV

Wir müssen dagegen ankämpfen und uns dafür einsetzen, dass Europa weiter zusammenrückt“, fordert daher auch der EU-Parlamentspräsident, Martin Schulz. Schulz sieht hier eine Mitverantwortung der Kirchen – und er hat recht! Denn wenn auch für die europäische Staatengemeinschaft gilt, dass sie von Voraussetzungen (Ressourcen) lebt, die sie selbst nicht hervorbringen, dann wird deutlich, dass das „Zusammenrücken“ nicht (von oben) verordnet werden kann. Nur in alltäglichen Lebenszusammenhängen,

in reziproke Verpflichtungen aus wechselseitiger Verbundenheit. Der christliche Glaube verweist allerdings auf Grund seiner Überzeugung, dass alles „geschaffen“ ist, zunächst völlig sachgemäß auf Gott, den Schöpfer des sichtbaren und unsichtbaren Universums. Gott, der Schöpfer, liebt seine Schöpfung und damit auch den Menschen bedingungslos, so die Gute Botschaft. Aus dem Bewusstwerden dieser Gottesliebe kann befreiende Verantwortung zu sich, zu anderen Menschen, zu Gottes ganzer Schöpfung erwachsen. „Befreiung zur Solidarität“ hat das der Theologe Helmut Gollwitzer genannt. Der unsichtbare Schöpfer-Gott, der nach christlichem Verständnis in dem Menschen Jesus sichtbar wurde, befreit den Menschen davon, nur bei sich selbst zu bleiben. Die in vielen biblischen Texten zum Ausdruck kommende Solidarität mit den Schwächsten, die die Reife und Humanität einer Gesellschaft danach bemisst, wie die Teilhabe seiner schwächsten Glieder am gesellschaftlichen Wohlstand ermöglicht ist, gehört daher ebenso dazu wie etwa der Einsatz für Frieden, Rechtssicherheit und die Bewahrung der Schöpfung.

Als durchaus dynamische Akteure einer lebendigen, pluralen Zivilgesellschaft haben die christlichen Kirchen das Potential, praktische Zeichen zu setzen für gelebte Solidarität im Kleinen (z. B. zu Hause, in der Gemeinde), wie auch im Großen (z. B. Europa). Das tun sie auf vielfältige und zum Teil beeindruckende Weise. Mit Blick auf die Kirchen Europas und ihren Beitrag zu einem solidarischen Europa muss sich das Programm der „Befreiung zur Solidarität“ allerdings wohl erst noch weiter schärfen. Erst wenn die Kirchen in Europa wirklich versöhnen und verbinden, wenn sie die religiösen (und nationalen) Eigenheiten der anderen Kirchen als Gewinn und nicht als Bedrohung erkennen lernen, nur dann können sie ein gutes Beispiel für eine „Solidarität der Verschiedenen“ in der und für die Europäische Gemeinschaft werden. Und diese guten Beispiele braucht die EU bei all den Erosionskräften, die in den vergangenen Monaten und Jahren sichtbar geworden sind. ■



Quelle: Gerhard Meister

also in der Zivilgesellschaft, kann dies anschaulich und nachhaltig Gestalt gewinnen. Angesichts der Diagnose, dass die politischen und institutionellen Bindungskräfte in Europa scheinbar immer mehr abnehmen, sind dann aber Bedingungen zu schaffen, die das Wachstum einer europäischen Zivilgesellschaft (von unten) weiter befördern. Man könnte das auch die Stärkung „organischer Solidarität“ (Emile Dürkheim) nennen. Wir brauchen sie! Denn sie traut weder nationalistischen Großmannssüchten und ihren populistischen Parolen, noch sieht sie das Angewiesensein auf „Andere“ grundsätzlich als Makel bzw. Problem an. Sie ist immer eine „Solidarität der Verschiedenen“.

Natürlich lässt sich Solidarität in einer plural verfassten (Werte-)Gemeinschaft verschiedentlich begründen, etwa im Sinne einer rationalen Einsicht

LINKS UND LITERATUR

Büro der EKD in Brüssel:
www.ekd.eu

Synode der EKD:
Resolution zu Europa
www.ekd.de/synode2016/index.php

Ev. Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt: Europablog
www.kwa-ekd.de/erste-seite_europablog

Europäische Union:
www.europa.eu/european-union/index_de

Europäische Kommission:
ec.europa.eu/index_de.htm

Rheinland-Pfalz und Europa:
www.landesvertretung.rlp.de

Hessen und Europa:
www.staatskanzlei.hessen.de/berlin-europa/hessen-europa

Europäische Nachrichten (Englisch): www.politico.eu

Europäische Nachrichten (Deutsch): www.euractiv.de

Konferenz europäischer Kirchen (Kek):
www.ceceurope.org

Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Europa (Geke):
www.leuenberg.net/de

Beyer, Uwe (2016): Europa im Wort. Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)-Schriftenreihe bd. 1726 (kostengünstig über die Bpb zu beziehen)

Wessels, Wolfgang (2008): Das politische System der Europäischen Union. Springer